

Nebrader Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhlen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhlen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köhlen Nr. 221. — Buchstabenpost: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 36 mm breite Millimeterzeile im Restmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 141

Donnerstag, den 27. November 1930

43. Jahrgang

Der Wechsel auf die Zukunft.

Dann und wann erhebt sich in der Regierung, in der Wirtschaft, in führenden Privatkreisen eine Stimme, die den Pessimismus, der nun allgemein von Deutschland Besitz ergriffen hat, bekämpfen will. Glaubt an die Zukunft, glaubt an die Kraft des Volkes, seid einig darüber, daß die ganze Welt Not leidet und daß dieser Depressions ein Aufschwung folgt — das sind die Mahnungen, die uns Halt und Hoffnung geben wollen.

Sicher haben wir die innere Kraft, Deutschland wieder höherzuführen. Trotz aller Zweifel liegt in jedem Deutschen die Überzeugung, einmal werde es anders werden. Und selbst Ausländer, die Deutschland kennen, geben ihrer Meinung immer wieder Ausdruck: Deutschland werde auch diese Krise überwinden, denn in diesem ungeliebten Lande lägen so viele Kräftereserven, liege eine solche Energie und ein solcher Tatendrang, daß man gerade um das Schicksal des deutschen Volkes nicht zu denken brauche. Doch also: die Zukunft muß wieder Aufstieg verhelfen und uns für die Leiden entschädigen, mit denen wir jetzt reichlich erlagert sind. Aber die Gegenwart? Man muß doch fragen: Sind die Leiden der Gegenwart nicht so gemalt, so schwarz, so untragbar, daß wir zusammenbrechen müßten? Sind sie nicht zu schwer selbst für die geliebten und kräftigen Schultern eines lauffähigen Volkes?

Wir haben immer gemeint, die ganzen Maßnahmen der Regierung würden in absehbarer Zeit eine Loderung bringen. Der Kanzler meint, eine wirksame Entlastung sei für die nächsten Monate nicht möglich, und das nächste Jahr werde noch trübe und trübselig sein. Jahre werden vergehen, bis sich diese Maßnahmen auswirken und bis wir aufatmen können. Endlich gefühlvoll Jahre noch das Leben der Zeit, das heißt Mut aufbringen, um der Parole „Durch!“ zu folgen, um Optimismus zu bleiben.

Nun freisetzt man darum, was die Schuld an unserm Unglück trägt. Sicherlich zu einem großen Teil die Weltwirtschaftslage. Aber diese Depressions der Weltwirtschaft allein hätte nicht gerade Deutschland so betroffen, wenn nicht zu viele Fehler gemacht worden wären. Wir haben aus dem Vollen gelebt, wir haben, vertrauend auf unsere Kraft, übermäßigen Luxus getrieben. Das Ausland erblickt von Deutschland einen fasslichen Verzweif.

Steuern und wieder Steuern waren notwendig, nachdem überflüssige Ausgaben einmal ein so großes Loch gerissen hatten und die Entwertung sich nicht so anlieh, wie die Voraussichtige es voraussehen wollten. Es ist bekanntlich leichter, Geld auszugeben, Geld zu bewilligen, als abzubauen. Und deshalb kam in Jahren nicht gutgemacht werden, was in kurzer Spanne Zeit gefordert wurde. Wir haben, sehen wir von der öffentlichen Hand ab und denken wir an die Privatunternehmungen, von Schulden gelebt, konnten nicht genug Kredite erhalten, rechneten mit dem weiteren Aufstieg und mußten gemahnt werden, daß nämlich ein Umstich lag, der uns arm, verschuldet machte. Wir hielten unsere stets steigenden Steuern aus Ansehen und Krediten gefast. Jetzt hoffen sie nicht mehr, und müssen merken, wie schwer die Lasten waren, die wir nun selbst aufzubringen hatten. Auch in der Privatwirtschaft ist man in den Expansionswahnsinn verfallen und hat Schiffe gebaut. Auch hier war eine Modernisierung der Betriebe gehoten. Auch hier aber wurde zu viel des Guten getan. Und da nun irgendwoher doch die Kosten kommen mußten, wehrte sich gerade die deutsche Industrie gegen den Preisabbau und misachtete die Weltpreise der Rohstoffe, die von den Preisabau bedingten.

So war der Stand, als das große Erwachen kam. Die Einnahmen des Reiches gingen zurück, die Einnahmen der Gemeinden wurden geringer, der Umstich der Wirtschaft lastete ab. Die Lasten blieben, die Kredite fielen aus. Rettung lag in der Regierung, lagen die Länder, die Gemeinden nur in der Forderung neuer Einnahmequellen. Und sie erschloffen sie, weil sie nicht glaubten, abbauen zu können. Bis es einmal nichts mehr zu holen gab.

Abbau jetzt nach dem großen Erkennen, Maßnahmen, gutzumachen, was Rutzschichtigkeit verdorben! Selbstverständlich muß Lohn- und Preisabbau Forderung sein. Alles ist ja überreif. Selbstverständlich muß die Verwertung in Reich, Ländern und Gemeinden den Etat herabdrücken, selbstverständlich muß die Wirtschaft sich mit niedrigeren Gewinnen begnügen, und selbstverständlich haben wir zu fordern, daß auch die Reparationsarbeiten gefristet oder gestürzt werden. Überall, wo gepart werden kann, muß gepart werden. Und der Kanzler hat recht: dieses Sparen, diese Maßnahmen können nur dazu führen, uns vor dem völligen Zusammenbruch

zu retten. Gestagt es uns, durchzuhalten und uns vor dem Zusammenbruch zu wehren, so haben wir Aussicht, aus der Besserung der Weltwirtschaftslage unsere Vorteile zu ziehen. Erst wenn also eine Besserung in der Weltkonjunktur einsetzt, wird es auch in Deutschland wieder einen Aufstieg geben. Das müssen wir erkennen, darauf haben wir uns einzustellen. Mehr als eine letzte Rettung vor dem Zusammenbruch, sagt der Kanzler richtig, können alle Maßnahmen nicht erreichen.

Wieder Artikel 48?

Berlin, 26. November.

Das Reichskabinett arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck an der Vorbereitung der Dezentralisierung des Reichstages, Kabinettskürzungen und Bekämpfung des Kanzlers mit den Parteien. Die Reichsregierung vor dem Zusammenbruch des Reichsparlaments Klarheit darüber schaffen, ob das große Sanierungsprogramm auf parlamentarischen Wege verabschiedet werden kann, oder mit Hilfe des Artikels 48 auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt werden muß.

Nachdem Brüning feinsinnig auf die Unterfütterung der Wirtschaftspartei und der Wirtschaftspartei rechnen kann, liegt der Schwerpunkt im wesentlichen bei der Sozialdemokratie, die jedoch, nach dem, was bisher bekanntgemacht ist, kaum bereit sein dürfte, die vorgelegten Sanierungspläne in ihrer gegenwärtigen Form, also ohne Abänderungen, anzunehmen.

Die Szene im Innern hat sich um so mehr angeheizt, als die Wirtschaftspartei einen entscheidenden Feindeswechsel vorgenommen, und dem Kanzler die Gefolgschaft angefragt hat. Angesichts dieser Sachlage drängt der Kanzler auf eine klare Stellungnahme der Parteien innerhalb der nächsten beiden Tage, um gegebenenfalls kein Programm noch vor dem Reichstagszusammenkunft am 3. Dezember durchzusetzen in Kraft zu setzen. Dieser Umstand verlangt Wahrheitslichkeit, wenn in Erwägung gezogen wird, daß gerade eine Reihe sehr wichtiger Gesetze verfassungsändernden Charakter tragen, also im Reichstag einer Zweidrittelmehrheit bedürfen. Mit einer solchen Mehrheit ist eben keinestfalls zu rechnen.

Verfassungsändernden Charakter tragen unter den Finanzgesetzen der Reichsregierung einmal das Wafonds-gesetz, weiterhin der Gelegetwurf, der die Kürzung der Beamtengehälter in den Ländern und Gemeinden vorläßt. Was die Frage der Verfassungsänderung bei den fünf Gesetzentwürfen anlangt, die im Entwurfsstadium stehen, aufwändig sind, so steht die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstags auf dem Standpunkt, daß zwar das Gebäudeneuerrichtungs-gesetz und das Gesetz über den Herrschaft von Beamten in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuererleichterung verfassungsändernd sind, daß aber das Grundbesitzveränderungs-gesetz, das Gewerbesteueränderungs-gesetz und das Steuererleichterungs-gesetz sich im Rahmen der im Artikel 11 der Reichsverfassung vorgesehenen Grundgesetzgebung halten und daher keinen verfassungsändernden Charakter tragen.

Es ist in politischen Kreisen nun erörtert worden, ob die Reichsregierung auch die Gesetzverfassungsändernden Charakter mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft setzen könne. Die Reichsregierung hat durch die zuständigen Stellen diese Frage prüfen lassen, und als Ergebnis dieser Auslegung steht sie auf dem Standpunkt, daß sie auch bei verfassungsändernden Gelegen in der Lage ist, den Artikel 48 anzuwenden. Anstelle wird nach der Anwendung des Artikels 48 im Reichstag von den Oppositionsparteien die Aufhebung der Notverordnung verlangt werden. In Regierungskreisen glaubt man aber, daß die Regierung in diesem Falle auf die Unterfütterung der Sozialdemokraten rechnen und so die trübsigen Wintermonate überwinden kann.

Frontwechsel der Wirtschaftspartei.

Milage an Brüning. — Bredt zurückgetreten.

Berlin, 26. November.

Mit Zustimmung des Reichsjustizministers Professor Dr. Bredt hat der Reichsausschuh der Deutschen Wirtschaftspartei folgenden Beschluß gefaßt:

„Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuh beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich beteiligen, auf welche die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar Einfluß ausübt. Die Ergebnisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Regierung Brüning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen vermag. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterfütterung des Kabinetts Brüning ab.“

Der Reichsausschuh der Wirtschaftspartei hat sich weiterhin mit dem Konflikt Reich — Thüringen beschäftigt und die Haltung der Thüringer Landtagsfraktion, die sie im Sinne der Regierungsparteien einnahm, gebilligt.

Zu dem Communiqué der Wirtschaftspartei wird ergänzend bekannt, daß der von der Wirtschaftspartei gestellte Reichsjustizminister Dr. Bredt beim Reichsanwalt Brüning bereits sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat.

Süddeutschlands Länder bekamen recht

Die Entscheidung im Streit um die Zusammenlegung des Reichsbahnverwaltungsstrates.

Leipzig, 26. November.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschied in der Verfassungsrechtsstreitfrage zwischen dem Reich und den Ländern Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg um die Ernennung von Verwalterratsmitgliedern für die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft zugunsten der süddeutschen Länder.

Der Gerichtshof hat den Antrag des Reiches abgewiesen und dahin entschieden, daß auf Grund der zur Auslegung des Staatsvertrages über den Uebertrag der Staatsbahnenbahnen auf das Reich vom 30. April 1920 abgegebenen Erklärung die Länder Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg das Recht haben, in ein Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn-Gesellschaft zu ernennen.

In der Urteilsbegründung heißt es, in der früheren Streitfrage Preußen gegen das Reich hätten beide Teile die Rechtsgültigkeit und Verbindlichkeit der Erklärungen vom Frühjahr 1924 anerkannt. Auch der Staatsgerichtshof habe sie bejaht. Der Staatsgerichtshof komme nunmehr zu demselben Ergebnis wie in der früheren Streitfrage. Für die hier kritischen Vereinbarungen sei auch eine Grundlage im Paragraphen 48 des Staatsvertrages gegeben, über dessen Auslegung die Parteien zur Zeit des Abschlusses des Vertrages heranzuziehen seien. Demals liege die Art und die Bedingungen der Ueberführung der Eisenbahn in das Eigentum des Reiches noch in Dunkel gehüllt gewesen. Es habe daher festgehalten, daß ein unter solchen Umständen geschlossener Vertrag durch die Entwicklung überholt werden konnte und müsse. Dies liege auch den geltenden Bestimmungen klar gewesen. Die Entwicklung habe eine Umstellung gefordert, und an die Stelle der bisherigen Rechte hätten andere gesetzt werden müssen.

Die Einsicht wächst!

Dr. Schachts erfolgreiche Amerikareise beendet.

Neurupf, 26. November.

Dr. Hofman Schacht, der frühere Präsident der Reichsbank, hat seine Vortragsreise durch Amerika beendet und an Bord des Dampfers „Columbus“ die Heimfahrt angetreten.

Zum Abschluß sprach Schacht noch einmal im Neurupfer Deutschnationalen Club vor etwa 1200 Zuhörern über seine amerikanischen Eindrücke, die er dann zusammenfaßte.

Das überakt in Amerika nicht nur ein zunehmendes Interesse für das Reparationsproblem, sondern auch ein wachsendes Gefühl dafür zu hören sei, daß die ungelösten Probleme des Weltkriegs eine ständige Bedrohung des wirtschaftlichen Wohlfandes der Welt bedeuten.

Dr. Schacht wurde schließlich im Laufe des Abends gebeten, noch einen besonderen Ueberblick über die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands zu geben und eine Reihe von Fragen zu beantworten. Dr. Schacht unterzog sich dieser Aufgabe in einer Weise, die ihm immer erneuten förmlichen Beifall eintrug. Präsident Wommer betonte in seinen Ausführungen, es dürfe nicht bezweifelt werden, daß sich aus wirtschaftlichen Ursachen in Europa die Reibungen ergeben, die ihrerseits wieder kriegerische Verwicklungen verursachen könnten.

Es wäre wünschenswert, daß eine Konferenz zur Erörterung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse das Problem dieser Reibungen zu klären innde.

Die ganze Reise Dr. Schachts, der außer in Neurupf in etwa fünfzehn Städten der Vereinigten Staaten gesprochen hat, ist ausgezeichnet verlaufen, und seine Vorträge haben starke Wirkung erzielt.

Gemeinames Schicksal bindet.

Ungarns Ministerpräsident hat befristet Berlin verlassen.

Berlin, 25. November.

Ungarns Ministerpräsident, Graf Bethlen, hat sich vor seiner Heimreise zweifach über die fünftägige Gestaltung der deutsch-ungarischen Beziehungen geäußert.

In einer Unterredung erklärte er einem Berliner Journalisten u. a.: „Bis jetzt bestand eine gewisse Verfrümmung in Ungarn wegen der Schwierigkeiten, denen unsere Handelsbeziehungen in gewisser Weise unterworfen waren. Die Verhandlungen wegen eines handelsvertraglichen Vertrags nicht nur zeitweilig ins Stocken geraten, sondern fast unterbrochen. Jetzt haben wir ein feststehendes Datum, und das Problem ist in ihren großen Umrissen durchgesprochen worden, und zwar in einer Weise, die die Interessen beider Seiten wahr.“

Der Fragesteller wies darauf hin, daß von einzelnen ausständigen Presseorganen der Befund mit diesen oder jenen geheimnisvollen Umständen in Verbindung gebracht worden ist. Dazu äußerte sich Graf Bethlen: „Die Gründung eines revolutionären Blattes, oder was man sonst in meinen Bereich hineingekommen haben mag, gehört in das Gebiet der Fabel, und zwar in jeder irgendein denkbaren Berlin. Meine Rede nach Berlin hat nicht das geringste mit beratenden Dingen zu tun, und sie sind auch, abgesehen von dieser Reihe, von ungarischer Seite nie ins Auge gefaßt worden.“

